Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 10. September 2026
Ausgabe 173
ru.muenchen.de
Als Newsletter unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Kampf gegen Mietwucher: Stadt plant Mietenmonitor 3
› Earth Night: Licht aus gegen Lichtverschmutzung 4
› Stadt setzt Erinnerungszeichen für NS-Opfer Anna Paroubek 5
› München engagiert sich für Menschen mit Demenz 6
› Demenzwochen in der Münchner Stadtbibliothek 8
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung entfällt 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Matthias Kristlbauer, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Freitag, 11. September, 16 Uhr, St.-Martin-Spital, Severinstraße 4
Nach dreieinhalb Jahren Generalsanierung wird das denkmalgeschützte St.-Martin-Spital in Obergiesing offiziell wieder eröffnet. Bürgermeisterin Mona Fuchs, Edwin Grodeke, Leiter des Kommunalreferats, die Leitende Baudirektorin im Baureferat, Iris Lemke, sowie die Vorsitzende des Bezirksausschusses Obergiesing-Fasangarten, Margit Ertlmaier, und Vertreter*innen der im Haus ansässigen Einrichtungen sprechen dabei Grußworte.
In den sanierten Räumen werden neben dem Stadtbereichszentrum Ost der Münchner Volkshochschule auch ein KinderTagesZentrum (KiTZ) des Referats für Bildung und Sport sowie Jugendhilfeeinrichtungen des Stadtjugendamtes Platz finden.

Dienstag, 15. September, 17 Uhr, Kolpinghaus, Adolf-Kolping-Straße 1
Bürgermeisterin Verena Dietl spricht ein Grußwort bei der Mitgliederversammlung des Mietervereins München.

Dienstag, 15. September, 17 Uhr, Kulturzentrum Guardini90, Guardinistraße 90
Anlässlich der Gedenkveranstaltung zur Setzung eines Erinnerungszeichens für die Münchnerin Anna Paroubek, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft im Nationalsozialismus verfolgt und nach Theresienstadt deportiert wurde, sprechen Stadträtin Nimet Gökmenoğlu (Die Grünen – Rosa Liste Stadtratsfraktion) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Antonia Heigl vom Kulturzentrum Guardini90 und Professorin Dr. Juliane B. Sagebiel von der Liberalen Jüdischen Gemeinde München Beth Shalom. Der Angehörige Christian Heilmaier verliest die Biografie von Paroubek. Reinhard Weber vom Geschichtsverein Hadern spricht mit dem Angehörigen Toni Heilmaier über ihr Leben.
Um 18.15 Uhr wird das Erinnerungszeichen an Paroubeks ehemaligem Wohnort in der Großhaderner Straße 18 angebracht. Dort spricht Gabriele Radeck vom Bezirksausschuss 20 (Hadern).
Achtung Redaktionen: Es wird um Anmeldung gebeten per E-Mail an presse.erinnerungszeichen@gmail.com.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 17. September, 19.30 Uhr, Alten- und Servicezentrum, Kiem-Pauli-Weg 22 (Zugang ist rollstuhlgerecht)
Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim).
Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** statt.

Meldungen

Kampf gegen Mietwucher: Stadt plant Mietenmonitor
(10.9.2026) Die Stadt plant einen Mietenmonitor. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird das Sozialreferat dem Sozialausschuss des Stadtrats am 24. September zu Entscheidung vorlegen.
Die Mieten in München bringen bekanntlich viele Menschen an die Belastungsgrenze. Bei Neuvermietungen stellt die Stadt entweder durch Hinweise oder konkrete Beratungen fest, dass das bereits sehr hohe durchschnittliche Mietniveau in einer Vielzahl von Verträgen nochmals deutlich überschritten wird. Es liegt dann der Verdacht nahe, dass die geforderte Miete gegen geltendes Mietrecht (Mietpreisüberhöhung beziehungsweise Mietwucher) verstoßen könnte. Die Stadt kann nicht in privatrechtlich abgeschlossene Mietverträge eingreifen. Mit einem sogenannten Mietenmonitor sollen Vermieter*innen aber auf möglicherweise rechtswidrige Mietpreisforderungen hingewiesen werden. Der Mietenmonitor als digitales Tool scannt automatisch öffentlich verfügbare Online-Angebote, mit denen sich verdächtig hohe Mieten identifizieren lassen. Dies erfolgt durch einen Onlineabgleich. Angegebene Ausstattungsmerkmale werden mit den Merkmalen aus dem derzeit gültigen Mietspiegel abgeglichen. Vermieter*innen sollen dann im Anschluss auf die rechtlichen Vorgaben hingewiesen werden.
Oberbürgermeister Dominik Krause: „Die Mieten in München liegen auf Rekordniveau und sind für die Münchner*innen eine schwere Belastung. Als Stadt wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, um die Preisspirale auf dem Mietmarkt zu bremsen. Der Mietenmonitor soll helfen, Menschen vor überhöhten Mieten zu schützen. Bei signifikanten Überschreitungen bitten wir Vermieter*innen künftig darum, ihr Mietangebot zu überprüfen. Denn wir gehen davon aus, dass Vermieter*innen nicht immer bewusst ist, dass ihre geforderte Miete möglicherweise rechtswidrig ist. Vermieter*innen übernehmen oft die vom entsprechenden Internetportal vorgeschlagene Miete. Die ist aber in vielen Fällen zu hoch."

Die Stadt hat eine Vorreiterrolle in der Mietberatung. Bereits seit 1981 bietet die Stadt eine Mietberatungsstelle an, um Mieter*innen bei Fragen zu mietrechtlichen Themen im freifinanzierten Wohnungsbereich zu unterstützen. Die Mietberatung im Amt für Wohnen und Migration berät und klärt umfangreich auf, unter anderem rund um das Thema Mietpreise. Jährlich werden rund 25.000 Beratungsgespräche geführt.
Aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen ist die Ahndung illegaler Mietpreisüberhöhungen jedoch schwierig, da die rechtlichen Voraussetzungen für Bußgelder sehr hoch sind. So sind die Regelungen des §5 Wirtschaftsstrafgesetz (WiStG) kaum durchsetzbar, da der Nachweis der Ausnutzung eines geringen Angebots an vergleichbarem Wohnraum selbst in München nur sehr schwer zu erbringen ist. Die hohen und realitätsfernen rechtlichen Hürden verhindern ein wirksames Einschreiten. Die Stadt fordert deshalb seit vielen Jahren zusammen mit anderen Städten eine Gesetzesänderung auf Bundesebene, bisher leider erfolglos.
Der Mietenmonitor ist vorerst mit einer Projektdauer bis 31. Dezember 2028 angelegt und wird dann auf seine Wirksamkeit evaluiert.

Earth Night: Licht aus gegen Lichtverschmutzung
(10.9.2026) Am Freitag, 11. September, bleiben zum Einbruch der Dunkelheit auch in München Lichter aus – als Zeichen für den Umwelt- und Klimaschutz. In dieser Nacht bleiben die öffentlichen Anstrahlungen von zahlreichen Gebäuden und Denkmälern in der Stadt ausgeschaltet, zum Beispiel am Friedensengel, dem Siegestor, der Bavaria oder dem Isartor.
Bürgermeisterin Mona Fuchs: „Wer nachts in München in den Himmel schaut, merkt schnell: Wirklich dunkel wird es bei uns kaum noch. Genau deshalb finde ich die Earth Night eine großartige Aktion. Sie macht auf die zunehmende Lichtverschmutzung in unseren Städten aufmerksam und darauf, welche Folgen zu viel künstliches Licht für Mensch und Natur haben kann. Es verändert den natürlichen Tag-Nacht-Rhythmus, stört Tiere und Insekten und nimmt uns ein Stück vom natürlichen Nachthimmel. Umso wichtiger ist es, dass wir mit einer so einfachen Geste gemeinsam etwas sichtbar machen können."
Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer erklärt dazu: „Die Stadt nimmt ihre Vorbildfunktion ernst. Wir optimieren seit Jahrzehnten die Straßenbeleuchtung unter wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten. Auch die Umweltverträglichkeit, insbesondere die Insektenverträglichkeit unserer Beleuchtung, ist uns ein Anliegen. Deswegen treiben wir den stadtweiten LED-Austausch und eine stetige Optimierung unserer Beleuchtung im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen konsequent voran."

Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz, ruft die Münchner*innen auf, sich ebenfalls an der Earth Night zu beteiligen: „Mit der Earth Night setzen wir ein starkes Zeichen gegen Lichtverschmutzung und für den Schutz unserer biologischen Vielfalt. Zu viel künstliches Licht gefährdet Vögel und Insekten – das können wir gemeinsam ändern. Ich rufe alle Münchner*innen und die Unternehmen unserer Stadt auf: Machen Sie mit und schalten Sie am 11. September ab Einbruch der Dunkelheit konsequent die Außenbeleuchtung ab oder schließen Sie Ihre Jalousien. Jeder gelöschte Lichtpunkt ist ein messbarer Beitrag zum Artenschutz direkt vor unserer Haustür."
Die Earth Night findet bereits zum siebten Mal statt und will auf das Problem der stetig zunehmenden Lichtverschmutzung durch den ungehemmten Kunstlichtkonsum hinweisen. Denn das viele Licht macht unsere Nächte immer heller und schadet damit nachweislich Umwelt, Mensch und Natur – letztlich dem gesamten Ökosystem.
Ab Einbruch der Dunkelheit (spätestens ab 22 Uhr) werden Menschen aufgerufen, Außenlicht für eine ganze Nacht lang zu reduzieren beziehungsweise abzuschalten und so ein Zeichen gegen die zunehmende Lichtverschmutzung und Lichtverschwendung auf der Welt zu setzen.
Mehr Informationen unter *www.earth-night.info*.

Stadt setzt Erinnerungszeichen für NS-Opfer Anna Paroubek
(10.9.2026) Die Stadt erinnert mit einem Erinnerungszeichen an Anna Paroubek, die als Jüdin von den Nationalsozialisten verfolgt und nach Theresienstadt deportiert wurde. Am Dienstag, 15. September, findet um 17 Uhr eine Gedenkveranstaltung im Kulturzentrum Guardini90, Guardinistraße 90, statt. Anschließend wird um 18.15 Uhr das Erinnerungszeichen an ihrem ehemaligen Wohnort in der Großhaderner Straße 18 angebracht.
Stadträtin Nimet Gökmenoğlu (Die Grünen – Rosa Liste Stadtratsfraktion) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters im Rahmen der Gedenkveranstaltung. Angehörige von Anna Paroubek erinnern an ihr Leben.
Anna Paroubek wurde 1870 in Czellechowitz, heute Teil der tschechischen Stadt Stochov, geboren und zog noch vor der Jahrhundertwende nach München. 1921 zog sie mit ihrer Familie nach Großhadern. Nach dem Tod ihres Mannes lebte sie in der damaligen Heiglstraße 32. Mit Beginn der NS-Herrschaft wurde Paroubek zunehmend ausgegrenzt. Am 23. Juli 1942 deportierte die Gestapo sie in das Ghetto Theresienstadt. Dort starb sie am 15. September 1943 im Alter von 73 Jahren an den unmenschlichen Lebensbedingungen. Weitere Informationen finden sich unter *https://www.erinnerungszeichen.de/aktuelles/veranstaltungen/Erinnerungszeichen-für-Anna-Paroubek.html*.

Erinnerungszeichen werden seit 2018 an Orten angebracht, an denen Menschen lebten, die von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden. Die vergoldeten Zeichen erinnern mit Lebensdaten, Angaben zum Schicksal und falls vorhanden einem Bild an die Verfolgten.
(Siehe auch unter Terminhinweise)

München engagiert sich für Menschen mit Demenz
(10.9.2026) Anlässlich der 7. Bayerischen Demenzwoche vom 18. bis 27. September macht die Stadt auf ihre vielfältigen Angebote für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen aufmerksam. Ziel ist es dabei immer, die Lebensqualität und Selbstständigkeit von Menschen mit Demenz zu fördern, Angehörige zu unterstützen und Wissen über Prävention, Früherkennung und Versorgung zu vermitteln.
Bürgermeisterin Verena Dietl: „Eine demenzsensible Stadt braucht Wissen, Vernetzung und Angebote, die die Menschen tatsächlich erreichen. Daran arbeiten wir in München kontinuierlich. Dabei geht es sowohl darum, Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen gut zu unterstützen, als auch darum, Möglichkeiten der Prävention und Früherkennung stärker bekannt zu machen."
Das Gesundheitsreferat informiert, vernetzt und schafft Angebote
Im GesundheitsTreff Neuperlach, Quiddestraße 15, hält der ärztliche Leiter, Dr. Marco Scelsi, zum Auftakt der Demenzwoche am Donnerstag, 17. September, um 16 Uhr den Vortrag „Demenz verstehen, ein Leitfaden für den Alltag". Um Anmeldung wird gebeten per Mail an *gesundheit-neuperlach.gsr@muenchen.de* oder telefonisch unter 45350018.
Um Demenzprävention bemüht sich im Gesundheitsreferat die Fachstelle „Gesund im Alter". Sie vernetzt Akteur*innen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen, vermittelt Fachwissen und entwickelt Angebote für ältere Münchner*innen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Gesundheitsförderung und Prävention im Alter. Dazu informiert die Fachstelle auch Fachakteur*innen und Multiplikator*innen in Vorträgen und Fachveranstaltungen. Im Mittelpunkt stehen wissenschaftliche Erkenntnisse zu beeinflussbaren Risikofaktoren und die Frage, wie Prävention und Gesundheitsförderung stärker in die Arbeit mit älteren Menschen integriert werden können.
Mit THEA mobil bietet das Gesundheitsreferat ergotherapeutische Hausbesuche, was ältere Menschen dabei unterstützt, ihre Selbstständigkeit und Alltagskompetenzen möglichst lange zu erhalten. Auch die zahnärztlichen Hausbesuche für Alte und Pflegebedürftige mit dem Projektträger „Teamwerk" ermöglichen Versorgung dort, wo ein Praxisbesuch aufgrund persönlicher Einschränkungen nicht oder nur mit großem Aufwand möglich

ist. Beide Angebote erreichen auch Menschen mit Demenz und können zugleich Angehörige entlasten.
Auch nach der 7. Bayerischen Demenzwoche setzt das Gesundheitsreferat seine Aktivitäten zum Thema fort: Am Mittwoch, 25. November, ab 16 Uhr veranstaltet das Referat das jährlich stattfindende „Fachforum Demenz". In diesem Jahr stehen Prävention und frühzeitige Intervention bei Alzheimer im Mittelpunkt. Die Veranstaltung richtet sich an Fachkräfte und Multiplikator*innen und greift aktuelle wissenschaftliche Entwicklungen sowie deren Bedeutung für die Praxis auf. Anmeldungen sind möglich unter *https://t1p.de/FachforumDemenz*.
Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek: „Wir wissen heute mehr darüber, wie sich das Risiko einer Demenzerkrankung beeinflussen lässt und welche Bedeutung eine frühzeitige Diagnose und Behandlung haben. Dieses Wissen muss dort ankommen, wo ältere Menschen beraten, begleitet und versorgt werden. Deshalb bringen wir aktuelle Erkenntnisse gezielt in die Fachpraxis."

Altenhilfe-Angebote des Sozialreferats

Auch die im Sozialreferat angesiedelte Abteilung Altenhilfe und Pflege bietet ein breites Spektrum an Angeboten für Menschen mit kognitiven Einschränkungen, Demenz sowie deren An- und Zugehörige. Die Angebote umfassen unter anderem Informationen zur gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung, zu Präventionsmaßnahmen oder Alltagsunterstützung, zur psychosozialen Stabilisierung oder zu einer langfristigen Begleitung bei gesundheitlichen Einschränkungen.
Insbesondere die Alzheimer Gesellschaft München e. V., der Verein wohlBEDACHT – Wohnen für dementiell Erkrankte e. V., die Beratungsstellen für ältere Menschen und die Fachstellen für pflegende Angehörige stehen als wichtige Bausteine der Prävention und Beratung von Menschen mit Demenz und deren An- und Zugehörigen das ganze Jahr zur Verfügung.
Weitere wichtige Informationen zum Thema Alter und Pflegebedarf und Demenz finden sich unter *www.muenchen.de/alter-pflege*.
Sozialreferentin Dorothee Schiwy: „Um Antworten auf die Versorgung von Menschen mit Demenz mit steigendem Pflegebedarf zu finden und auch die professionelle Versorgung sicherzustellen, unterstützt das Sozialreferat in der Langzeitpflege seit langem mit freiwilligen Förderungen wie der Hausinternen Tagesbetreuung für Menschen mit Demenz in vollstationären Pflegeeinrichtungen. Zudem werden Qualifizierungen und Supervisionen für multiprofessionelle Pflegeteams bezuschusst."

Kulturelle Bildung in Pflegeeinrichtungen

Mit dem Projekt „Kunst mit uns" ermöglicht das Kulturreferat gemeinsam mit teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen auch kulturelle Teilhabe für

demenzerkrankte Bewohner*innen dieser Einrichtungen. Infos dazu unter *www.musenkuss-muenchen.de/anbieter/kunst-mit-uns.*
Einen Überblick über sämtliche Veranstaltungen der Bayerischen Demenzwoche findet man unter *www.demenzwoche.bayern.de.*

Demenzwochen in der Münchner Stadtbibliothek
(10.9.2026) Auch die Münchner Stadtbibliothek widmet sich anlässlich der 7. Bayerischen Demenzwoche vom 18. bis 27. September mit einer vielseitigen Veranstaltungsreihe dem Thema Demenz. Der Eintritt zu allen Angeboten ist frei.
Werke aus den Kunstateliers der Alzheimer Gesellschaft München e.V.
In den Kunstateliers der Alzheimer Gesellschaft München e.V. in Berg am Laim und Kleinhadern greifen Menschen mit Demenz und Angehörige gemeinsam zu Pinsel und Kreide, um Gefühlen und Fantasie freien Lauf zu lassen. Begleitet von einer Kunsttherapeutin wird in den Gruppen gelacht, gesungen, diskutiert oder einfach ganz versunken gearbeitet. Das gemeinsame Schaffen gipfelt nun in einer Ausstellung, die vom 17. September bis 18. Oktober in der Stadtbibliothek Riem, Elisabeth-Castonier-Platz 19, zu sehen ist. Zur Vernissage am Donnerstag, 17. September, 16 Uhr, stellen die Künstler*innen sich und ihre Werke vor.
Demenzparcours: Interaktives Angebot für einen Perspektivwechsel
Der Demenzparcours des Medizinischen Dienstes Bayern ist ein interaktives Angebot, in die Lebenswelt von Menschen mit einer Demenzerkrankung einzutauchen. Am Freitag, 18. September, in der Stadtbibliothek Bogenhausen, Rosenkavalierplatz 16, sowie am Freitag, 25. September, in der Stadtbibliothek Neuhausen, Nymphenburger Straße 171b, erleben die Teilnehmenden an verschiedenen Stationen unter Anleitung von geschultem Fachpersonal typische Alltagssituationen aus Sicht der Betroffenen.
Darüber hinaus bietet die Münchner Stadtbibliothek in ihren Stadtteilbibliotheken eine ganze Reihe von Vorträgen und Workshops zum Thema Demenz und Vorsorge im Alter an. Einen Überblick über die Angebote zu den Demenzwochen in der Münchner Stadtbibliothek findet man unter *https://go.muenchen.de/demenzwochen2026-stadtbibliothek.*
Achtung Redaktionen: Pressekontakt per E-Mail an *stb.presse@muenchen.de* oder telefonisch unter 233–789129.

Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung entfällt
(10.9.2026) Die Sitzung der Stadtgestaltungskommission am Dienstag, 29. September, entfällt. Die nächste Sitzung findet am 24. November statt.
Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Herr Bockmann, telefonisch unter 233-22415 oder per E-Mail an stadtgestaltungskommission@muenchen.de.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 10. September 2026

Ausstiegsprogramme für Prostituierte stärken
Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/ München-Liste) vom 26.2.2026

Ausstiegsprogramme für Prostituierte stärken
Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/ München-Liste) vom 26.2.2026

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

Sie beantragen, Ausstiegsprogramme für Prostituierte zu stärken bzw. den Ausbau schon bestehender Hilfsangebote.

Wie Sie sicher unserer ausführlichen Beschlussvorlage „Maßnahmen im Handlungsfeld Prostitution – Umsetzung Aktionsplan gegen geschlechtsspezifische Gewalt 192. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 17486 Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses in der gemeinsamen Sitzung vom 7.10.2025 (VB)“ entnehmen konnten, ist die LHM auch im Auftrag der Stadtratskommission für Frauen und der Gleichstelle für Frauen sehr am Ausbau von Hilfen für Menschen in der Prostitution interessiert.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teilen wir Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag vom 26.2.2026 Folgendes mit:

Die Stadtverwaltung ist weiterhin bestrebt, die Situation für Frauen und alle Menschen, die in der Prostitution tätig sind, gemeinsam mit den bestehenden Hilfseinrichtungen zu verbessern.
München setzt seit 2017 das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) in bewährter Kooperation mit Sozialreferat, Kreisverwaltungsreferat, Gesundheitsreferat und den einschlägigen Beratungsstellen um.

Allerdings gibt es derzeit sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Bestrebungen, die Auswirkungen auf die Ausgestaltung weiterer Hilfen zur Folge haben könnten.

Seit November 2025 befasst sich eine Expertenkommission mit den Empfehlungen aus der Evaluierung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) mit dem Ziel, konkrete Handlungsoptionen für Bund, Länder und Kommunen zu erarbeiten, um den Schutz von Prostituierten vor Zwang und Ausbeutung zu verbessern. Bis Mitte des Jahres 2027 sollen gesetzliche und nicht-gesetzliche Maßnahmenvorschläge dazu vorgelegt werden.

Im Übrigen wird auch die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes (GewHG) in Bayern Auswirkungen auf die Förderung der Unterstützungsangebote für Frauen in Prostitution haben.

Es wird vermutet, dass die Förderung von Beratungsstellen zum Thema Zwangsprostitution in die Zuständigkeit des Landes Bayern übergeht. Derzeit ist die konkrete Ausgestaltung der Umsetzung des GewHG in Bayern noch nicht abschließend erarbeitet und die Bedeutung bzw. Auswirkung für die Kommunen weiter unklar.

Das Sozialreferat wurde durch o. g. Beschluss beauftragt, den Stadtrat im ersten Quartal 2028 erneut über die Situation, die Entwicklungen und aktuellen Bedarfe im Handlungsfeld Prostitution zu berichten.

Hierbei sind die Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zu berücksichtigen und ggf. Empfehlungen in die zu erstellende Beschlussvorlage einzubeziehen.

Das Sozialreferat geht davon aus, dass eine entsprechende Beschlussvorlage zum weiteren Vorgehen frühestens im Jahr 2028 erstellt werden kann.

Grundsätzlich sind Angebote zur Verbesserung der Situation von Frauen und allen Menschen, die in der Prostitution/Sexarbeit tätig sind, unterstützenswert.

Die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* teilt dazu mit:
„Beim Ausbau der Angebote zum Ausstieg aus der Prostitution muss darauf geachtet werden, dass diese ausstiegswillige und hilfsbedürftige Personen nicht in neue Abhängigkeiten lotsen oder in neue Bindungen zwängen, wie dies ist bei Angeboten von christlich-fundamentalistischen oder anderen fundamentalistisch geprägten Vereinen befürchtet werden muss. Fachliche Standards der Sozialen Arbeit müssen in der Arbeit mit Prostituierten/Sexarbeiter*innen eingehalten werden."

Die Gleichstellungsstelle für Frauen teilt dazu mit:
„Die Gleichstellungsstelle für Frauen bedankt sich für die Einbindung bei der Beantwortung des o.g. Stadtratsantrags, mit dem wir einverstanden sind.
In Bezug auf Ausstiegsangebote von fundamentalistisch geprägten Vereinen unterstützen wir die Einschätzung der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ*.

Die Prostitution in München befindet sich auf einem durchgängig hohen Niveau, die große Mehrheit der in der Prostitution tätigen Menschen sind Frauen mit über 90%, gefolgt von trans*Personen mit um die 5%. Ein beträchtlicher Anteil der Sexarbeiter*innen ist von Armut, prekären Lebenslagen, Ausgrenzung und Stigmatisierung betroffen. Sexarbeiter*innen sind daher zu einer Personengruppe zu rechnen, die in ihrer Selbstbestimmung, ihrem Selbsthilfepotential und in ihrer Wehrfähigkeit eingeschränkt ist und somit verstärkt Gefahr läuft, instrumentalisiert zu werden. Laut Istanbulkonvention sind Prostituierte in die besonders schutzbedürftigen Personengruppen einzureihen. (Für Quellen und weitere Informationen: 2. Aktionsplan der LHM mit Schwerpunkt geschlechtsspezifische Gewalt *https://stadt.muenchen.de/infos/publikationen.html)*
Diskussionen um Beratung und Ausstiegshilfen für Prostituierte werden oft stark ideologisiert und auch moralisch geführt und drehen sich im Kern fast immer um den grundlegenden Streit darüber, wie Prostitution gesellschaftlich bewertet wird. Dabei geraten die konkreten Bedürfnisse der Einzelnen schnell aus dem Blick.
Aus unserer Sicht haben daher Hilfs- und Beratungsangebote – insbesondere für diese vulnerable Zielgruppe – die dringende Aufgabe, ein professionelles Angebot gemäß der fachlichen Standards der Sozialen Arbeit zu sein, welches Mündigkeit, Autonomie und eine selbstbestimmte Lebensführung zum Ziel hat. Es darf nicht die Gefahr bestehen, dass die Hilfesuchenden durch das Beratungsangebot in neue Abhängigkeiten und/oder Ausbeutungsverhältnisse geraten."

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 10. September 2026

Bessere Bewerbung des Mehrwegsystems
Antrag Stadträte Andreas Babor, Armin Gastl, Sebastian Schall und Thomas Schmid (CSU-Stadtratsfraktion)

Gehwegparken konsequent und rechtssicher beenden
Antrag Stadtrats-Mitglieder Carina Bachner, Alexandra Lang, Felix Sproll und Michael von Stosch (Volt-Stadtratsfraktion)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

CSU-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fraktion@muenchen.de

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dominik Krause

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

10.09.2026

Bessere Bewerbung des Mehrwegsystems

Die Landeshauptstadt München setzt eine Werbekampagne die Benutzung von Mehrwegverpackungen bei Speisen und Getränken auf, um die Bürger sowie Touristen auf die unterschiedlichen Mehrwegsysteme hinzuweisen.

Begründung:

Das Umweltbundesamt kommt in seinen Berechnungen gemäß einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 01.09.2026 im Jahr auf 8 Milliarden Einwegbecher. Ergänzt um Einweg-Essenboxen sind es insgesamt sogar 36 Milliarden Einwegprodukte. Leider landen die Einwegprodukte nicht immer in einem Mülleimer.

Viele Städte, vor allem auch München, leiden unter diesem Müll. Der AWM hat berechnet, dass die Stadt von ca. 190.000 Einwegbechern pro Tag vermüllt wird.

Die Märkte München haben am Viktualienmarkt mit mehreren Anbietern ein Mehrwegsystem etabliert. Leider wissen hiervon zu wenige Nutzer und auch die Händler nutzen es aufgrund der geringen Nachfrage kaum. Viele Bürger wissen nicht, dass ein Mehrweg-, bzw. Rückgabesystem am Viktualienmarkt existiert.

Um die Nutzung des Mehrwegsystems zu fördern, bedarf es einer breit angelegten Werbekampagne und Hinweise in der Stadt für Bürger und Touristen. Genutzt werden solche Systeme nur, wenn der Nutzer weiß, wo sich die Rückgabeautomaten befinden. Hierfür braucht es bessere Hinweise und eine bessere Bewerbung.

Andreas Babor (Initiative)
Stadtrat

Sebastian Schall
stv. Fraktionsvorsitzender

Thomas Schmid
Stadtrat

Armin Gastl
Stadtrat

Volt Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dominik Krause
Rathaus

München, 10.09.2026

Gehwegparken konsequent und rechtssicher beenden

ANTRAG

Der Stadtrat möge folgenden Beschluss fassen:

1. **Umsetzung des Grundsatzbeschlusses:** Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, den schrittweisen Abbau von regelwidrigem Gehwegparken in Münchner Straßenzügen konsequent und beschleunigt fortzuführen, wie in der Mobilitätsstrategie 2035 beschlossen[1]

2. **Überprüfung der baulichen Lastanforderungen:** Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, in enger Abstimmung mit dem Baureferat flächendeckend zu prüfen, ob die Gehwege in den Straßen, in denen das Gehwegparken derzeit noch angeordnet oder geduldet ist, den statischen Lastanforderungen für moderne Kraftfahrzeuge entsprechen und sicherheitsrelevante Schäden zu erfassen, sowie diese zu beheben.

3. **Anpassung von Anordnungen:** Sollte die bauliche Tragfähigkeit der Gehwege nicht nachweisbar sein oder die zulässige Bordsteinhöhe von maximal 8 cm überschritten werden, sind die entsprechenden Parkanordnungen (insb. Zeichen 315 StVO) umgehend aufzuheben und der Parkraum ordnungsgemäß auf die Fahrbahn zu verlagern oder aufzulösen.

4. **Aktivierung von Parkraum-Alternativen:** Es ist zu prüfen, wie der Parkdruck durch die Aktivierung von ungenutzten privaten Bestands- und Tiefgaragen im Quartier aufgefangen werden kann. Hierfür soll ein Pilotprojekt (Bsp: Tiefgarage der Agentur für Arbeit im Stadtbezirk 2) gestartet werden.

[1] https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/8994301 Mobilitätsstrategie 2035: Teilstrategie Management des öffentlichen (Straßen-)Raums B VV 20-26 / V 11904

BEGRÜNDUNG

1. Rechtliche Grundlagen und verkehrspolitische Priorisierung

Das Parken auf Gehwegen ist nach der bundesrechtlichen Straßenverkehrsordnung grundsätzlich untersagt. Gemäß § 2 Abs. 1 StVO müssen Fahrzeuge die Fahrbahn nutzen. § 12 Abs. 4 S. 1 StVO verdeutlicht zudem, dass zum Parken der rechte Fahrbahnrand zu nutzen ist. Gehwege dienen originär dem Fußverkehr. Eine Ausnahme über das Verkehrszeichen 315 (Parken auf Gehwegen) darf von den Straßenverkehrsbehörden nur unter strengen Voraussetzungen angeordnet werden. Das Verwaltungsgericht Hannover hat z.B. am 23.09.2025 bestätigt, dass Restgehwegbreiten von 1,20 m nicht zulässig sind[2]. Bestärkt wird ein Vorgehen gegen rechtswidriges Gehwegparken vom Bundesverwaltungsgericht: Nach sechsjährigem Rechtsstreit wird im Urteil vom Juni 2025 den Bewohner*innen ein Recht auf freie Gehwege eingeräumt und die kommunale Verkehrsbehörde dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen gegen das rechtswidrige Gehwegparken einzuleiten[3].

Der Erhalt von Parkraum darf in einer progressiven Mobilitätsplanung nicht länger auf dem Rücken der Sicherheit und Attraktivität des Fuß- und Radverkehrs und zulasten der schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen gehen. Die offizielle Mobilitätsplattform der Stadt München unterstreicht, dass die Umgestaltung des öffentlichen Raums hin zu mehr Aufenthaltsqualität und sicheren Wegen für Fußgänger*innen eine zentrale Säule der städtischen Strategie darstellt *(vgl. muenchenunterwegs.de , Allgemeine Informationen zum Parken)*.

Im Grundsatzbeschluss vom 26.03.2025 zur Mobilitätsstrategie 2035: Teilstrategie Management des öffentlichen (Straßen-)Raums (B VV 20-26 / V 11904) wurde ein Verfahren zur Beendigung des bislang geduldeten, aber rechtswidrigen Gehwegparkens festgelegt[1]. Im aktuellen Koalitionsvertrag der Regierung ist davon keine Rede mehr. Vielmehr werden “Ausnahmen” und “Bestandsschutz” als Ziele vorgegeben. Es steht zu befürchten, dass der (mit den Stimmen von GRÜNEN und SPD) gefasste Grundsatzbeschluss nicht umgesetzt wird.

2. Anforderungen an Barrierefreiheit und kindgerechte Räume

Damit der öffentliche Raum inklusiv und barrierefrei nutzbar ist, müssen Gehwege eine ausreichende Breite aufweisen. Um Begegnungsverkehre von zwei Rollstühlen,

[2] https://www.verwaltungsgericht-hannover.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/klage-gegen-halteverbot-in-hannover-mitte-abgewiesen-245186.html
[3] https://www.bverwg.de/de/pm/2024/28

Kinderwagen oder Personen mit Gehhilfen problemlos zu ermöglichen, ist eine lichte Gehwegbreite von mindestens 180 cm zwingend erforderlich. Für einen qualitativ hochwertigen und komfortablen Fußverkehr im städtischen Raum sind Begegnungsbreiten von 2,50 m der anzustrebende Standard *(vgl. Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen RASt 06 / Wissen kompakt auf parkraumwende.de)*. Gehwegparken schränkt diese Qualität in Münchner Quartieren massiv ein.

Besonders kritisch ist diese Einengung für Kinder. Aus der Entwicklungspsychologie und Verkehrsmedizin ist bekannt, dass Kinder den Straßenraum visuell anders wahrnehmen als Erwachsene. Sie haben ein eingeschränktes Sichtfeld (sog. „Tunnelblick“) und können Geschwindigkeiten sowie Distanzen schlechter einschätzen. Verstellte und zu schmale Gehwege zwingen Kinder oft zum Ausweichen auf die Fahrbahn oder nehmen ihnen die Sicht. Zudem sind auf dem Gehweg rangierende Autos ein Sicherheitsrisiko. Durch die Befreiung der Gehwege von parkenden Autos erhalten Kinder nicht nur ihre Sicherheit zurück, sondern die Gehwege gewinnen ihre Funktion als soziale Aufenthalts- und Spielflächen im Viertel zurück.

3. Bauliche Mängel, Denkmalschutz und finanzielle Belastung der LHM

Neben den verkehrssicherheitstechnischen Aspekten sprechen bauliche und finanzielle Gründe gegen das Gehwegparken. Nach den technischen Regelwerken darf Gehwegparken ohnehin nur dort angeordnet werden, wo die Bordsteinhöhe maximal 8 cm beträgt, um Schäden an Fahrzeugen zu vermeiden und das Auffahren kontrolliert zu ermöglichen. In vielen historischen oder gewachsenen Münchner Straßenzügen ist dies ohne teure bauliche Umgestaltungen vorab nicht gegeben.

Schwerwiegender ist jedoch die mangelnde Tiefbautauglichkeit der Gehwege: Standardmäßige Gehwegplatten im Münchner Stadtgebiet sind ausschließlich für die Belastung durch Fußgänger ausgelegt. Im Gegensatz dazu sind Grundstückseinfahrten speziell für Pkw-Lasten dimensioniert. Das regelmäßige Befahren und Abstellen von modernen, immer schwerer werdenden Kraftfahrzeugen (z. B. SUVs oder Elektrofahrzeugen) auf den Gehwegplatten führt zwangsläufig zu strukturellen Schäden, Absenkungen sowie Plattenbrüchen und daraus resultierenden Stolperfallen für Fußgänger.

Die dadurch entstehenden Kosten für den laufenden baulichen Unterhalt und Sanierungen der Gehwege müssten von der Landeshauptstadt München gedeckt werden. Dies darf angesichts der aktuell extrem angespannten Haushaltslage nicht toleriert werden.

4. Nutzung von Bestandsgaragen als adäquate Alternative

In vielen Münchner Wohnquartieren existiert ein erhebliches, bislang jedoch ungenutztes Potenzial an privaten Bestands- und Tiefgaragen[4], die aufgrund von bürokratischen Hürden oder mangelnder Vermittlung leer stehen. Hier muss die Stadt ansetzen. Wie bereits gefordert[5], gilt es, diese Kapazitäten über Quartiersgaragen-Konzepte und ein digitales Leerstandsmanagement zu aktivieren, anstatt den öffentlichen Raum weiter als kostenlose oder billige Abstellfläche zu überlassen.

Volt Stadtratsfraktion

Alexandra Lang (Initiative)
Felix Sproll
Carina Bachner
Michael von Stosch

Mitglieder des Stadtrates

[4] https://parkraumwende.de/die-loesung
[5] https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/9232834 StR-Antrag 20-26 / A 05827

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 10. September 2026

Corso Leopold und Zamanand Festival: Änderungen beim Bus am Wochenende
Pressemitteilung MVG

Mach mit! – Information und Austausch zur Rahmenplanung zur Neuordnung des Moosacher St.-Martins-Platzes
Pressemitteilung MGS

Brücke am Karl-Marx-Ring erhält neue Gestaltung
Pressemitteilung MGS

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

Pressemitteilung

10.9.2026

Corso Leopold und Zamanand Festival: Änderungen beim Bus am Wochenende

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

Im Bereich der Leopold- und Ludwigstraße finden am Wochenende der „Corso Leopold“ und das „Zamanand“ Festival statt. Wegen der dafür nötigen Straßensperrungen muss die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) Buslinien im Bereich zwischen Odeonsplatz und Münchner Freiheit umleiten.

Die Änderungen gelten von Samstag, 12. September, ca. 7:30 Uhr, bis Montag, 14. September, ca. 3 Uhr früh:

- Bei den **Buslinien 53 und 59** entfallen die Haltestellen Hohenzollernstraße und Friedrichstraße.
- Der **Bus 54** wird zwischen Münchner Freiheit und Mauerkircherstraße umgeleitet. In Richtung Lorettoplatz entfallen die Haltestellen Hohenzollernstraße, Giselastraße, Thiemestraße, Chinesischer Turm und Tivolistraße. In Richtung Münchner Freiheit können die Haltestellen Tivolistraße, Hirschauer Straße, Chinesischer Turm, Thiemestraße, Giselastraße und Hohenzollernstraße nicht bedient werden. Auf der Umleitungsstrecke werden zusätzlich in beide Richtungen die Haltestellen Potsdamer Straße, Dietlindenstraße und Osterwaldstraße der Buslinie 59 angefahren.
- Der **Bus 58** wird zwischen den Haltestellen Technische Universität und Giselastraße umgeleitet. Die Haltestellen Oskar-von-Miller-Ring bis Georgenstraße können nicht bedient werden. Auf der Umleitungsstrecke werden die Haltestellen Pinakotheken, Schellingstraße, Nordendstraße und Elisabethplatz der Tramlinie 27 angefahren.
- Der **Bus 68** wird zwischen den Haltestellen Giselastraße und Pinakotheken umgeleitet. Die Haltestellen Georgenstraße bis Maxvorstadt/Sammlung Brandhorst können nicht angefahren werden. Auf der Umleitungsstrecke werden die Haltestellen Nordendstraße und Schellingstraße der Tramlinie 27 bedient.
- Der **Bus 100** wird zwischen den Haltestellen Brienner Straße und Nationalmuseum umgeleitet. Die Haltestellen Odeonsplatz, Von-der-Tann-Straße und Königinstraße können nicht angefahren werden.
- Der **Bus 153** wird zwischen den Haltestellen Schellingstraße und Arcisstraße umgeleitet. Die Haltestellen Türkenstraße, Universität, Von-der-Tann-Straße

und Odeonsplatz entfallen. Die Haltestelle Schellingstraße wird an den Haltepunkt der Tram 27 verlegt und die Haltestelle Pinakotheken an den Haltepunkt der Buslinie 100.

- Der **Bus 154** wird zwischen den Haltestellen Schellingstraße und Giselastraße umgeleitet. Die Haltestellen Türkenstraße bis Georgenstraße können nicht bedient werden. Auf der Umleitungsstrecke werden in Richtung Westerlandanger die Haltestellen Nordendstraße und Elisabethplatz der Tram 27 angefahren und in Richtung Nordbad die Haltestellen Nordendstraße und Schellingstraße der Tram 27.
- Die **Nachtlinien N40, N41 und N45** werden zwischen Münchner Freiheit und Maximiliansplatz umgeleitet. Die Haltestellen Hohenzollernstraße, bis Odeonsplatz können nicht angefahren werden. Auf der Umleitungsstrecke werden in beide Richtungen die Haltestellen Elisabethplatz, Nordendstraße, Schellingstraße, Pinakotheken und Karolinenplatz der Tram 27 angefahren und in Richtung Münchner Freiheit zusätzlich die Haltestellen Pündterplatz und Bismarckstraße der Buslinie 53.
- Die **Nachtlinien N43 und N44** werden zwischen Giselastraße und Kurfürstenplatz umgeleitet. Die Haltestellen Hohenzollernstraße, Münchner Freiheit, Friedrichstraße, Pündterplatz und Bismarckstraße entfallen.

Die MVG informiert ihre Fahrgäste mit Aushängen, Tickertexten und Durchsagen über die Änderungen. Infos zum Betrieb und Verbindungsauskünfte gibt es auf mvg.de sowie in der App MVGO.

Pressemitteilung
09.09.2026

MGS
Münchner Gesellschaft
für Stadterneuerung mbH

Ansprechpartner*in
Christina Kühnhauser

T. 089 45 20 5666
info@stadtsanierung-moosach.de

Mach mit! – Information und Austausch zur Rahmenplanung zur Neuordnung des Moosacher St.-Martins-Platzes

Mit der Neuordnung des Moosacher St.-Martins-Platzes soll ein lebendiger Treffpunkt entstehen – mit Raum für Kultur, Begegnung und Wohnen für Auszubildende. Ziel ist ein Ortskern, der seine Geschichte bewahrt und gleichzeitig offen für die Zukunft ist. Aktuell wird für die Neuordnung eine Rahmenplanung erarbeitet.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München (HA III/32 – Stadtsanierung) und das Stadtteilmanagement Moosach laden alle Moosacher*innen herzlich dazu ein, an zwei Tagen zu Information und Austausch im Planungsgebiet vorbeizukommen.

An zwei Tagen sind wir für Sie vor Ort, jeweils zwischen 12 und 18 Uhr:
· am Dienstag, den 22. September 2026 auf dem St-Martins-Platz
· am Mittwoch, den 23. September 2026 an der Jenaer Straße am Fußweg zwischen der Grundschule und neuen St-Martins-Kirche

Dort finden Sie einen betreuten Informationsstand zur Rahmenplanung. Interessierte können sich im persönlichen Gespräch und an Infobannern zu den Maßnahmen und Zielen sowie den gesammelten Anforderungen zur Rahmenplanung informieren.

Vom 22. September bis 5. Oktober 2026 besteht außerdem die Möglichkeit an einer Umfrage zur Rahmenplanung an beiden Standorten teilzunehmen.

Im Herzen von Moosach, einem dynamisch wachsenden Stadtteil, steht die Herausforderung im Raum, den steigenden Bedarf an Räumlichkeiten für Kultur und Vereine zu decken. Aus diesem Grund ist geplant, das bestehende Kultur- und Bürgerhaus, das „Pekovenschlössl“ und das „Hacklhaus“, um einen großzügigen Veranstaltungssaal zu erweitern und Raum für städtische Auszubildende zu schaffen. Diese Maßnahme ist Teil einer umfassenden gestalterischen und funktionalen Aufwertung der Freiflächen in der Ortsmitte von Moosach.

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

Dieses Projekt wird im Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ mit Mitteln des Bundes und des Freistaats Bayern gefördert.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

MGS
Münchner Gesellschaft
für Stadterneuerung mbH

Das Ziel besteht darin, den Moosacher St.-Martins-Platz und seine Umgebung in ein attraktives und lebendiges Zentrum für die aufstrebende Stadtteilkultur zu verwandeln. Dabei wird großer Wert darauf gelegt, dass etablierte Veranstaltungen und Nutzungsmöglichkeiten, wie das Dorf- und Maifest, der Hüttenzauber und Boulespielen weiterhin im Umfeld des St.-Martins-Platzes stattfinden können. Außerdem sollen die Aufenthaltsqualität und Nutzbarkeit der Freiflächen verbessert werden, zum einen auf dem St.-Martins-Platz selbst und zum anderen auf den umliegenden Flächen im Planungsgebiet.

Im Zusammenhang mit dem städtebaulichen und freiraumplanerischen Wettbewerbsverfahren wurden alle Anforderungen an diesen Platz zusammengetragen, sodass die Wettbewerbsteilnehmer*innen diese in ihre Entwürfe integrieren konnten. Dafür fand u.a. eine Bürger*innenbeteiligung in Form einer Onlinebefragung im Sommer 2024 statt. Nach Abschluss des Wettbewerbsverfahrens wurde im Mai 2025 im Rahmen einer Informationsveranstaltung sowie der dazugehörigen Outdoor-Ausstellung auf dem St.-Martins-Platz alle eingereichten Entwürfe gezeigt. Nach dem Wettbewerbsverfahren konnte das Gewinnerteam, Helsinki Zürich Architektur und Stadtplanung mit BÖE Studio Landschaftsarchitektur, durch ein öffentliches Vergabeverfahren mit der Konkretisierung des eingereichten Entwurfs, also der Erstellung der Rahmenplanung, beauftragt werden.

Der aktuelle Planungsschritt ist nun die Erstellung einer städtebaulich-freiraumplanerischen Rahmenplanung. Sie ist ein integriertes Gesamtkonzept und bildet die Grundlage für die spätere Umsetzung. Das heißt, bei der Rahmenplanung werden verschiedene Fachthemen zusammen betrachtet, wichtige Leitbilder und Ziele festgehalten und die dafür notwendigen Maßnahmen definiert. Aufbauend auf die Rahmenplanung folgen dann die Realisierungsplanung und die weiteren Umsetzungsschritte.

Die Rahmenplanung wird im Rahmen des seit 2021 laufenden Sanierungsgebiets Moosach mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ gefördert.

Unter www.stadtsanierung-moosach.de wird der Stadtsanierungsprozess virtuell begleitet. Hier können auch weitere Informationen zu den Wettbewerbsergebnissen und der Rahmenplanung eingesehen werden.

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

Dieses Projekt wird im Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ mit Mitteln des Bundes und des Freistaats Bayern gefördert.

Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

Bayerisches Staatsministerium für
Wohnen, Bau und Verkehr

MGS
Münchner Gesellschaft
für Stadterneuerung mbH

Hintergrund

Ein Teil Moosachs wurde im Januar 2021 durch den Münchner Stadtrat förmlich als Sanierungsgebiet festgelegt. Die Förderung erfolgt aus dem Bund-Länder-Kommunen-Programm „Sozialer Zusammenhalt“. Neben den städtebaulichen Maßnahmen stehen insbesondere die Aktivierung des Stadtteillebens, die Verbesserung hin zu einem attraktiven öffentlichen Raum sowie die soziale und interkulturelle Integration im Vordergrund.

Weitere Informationen zur Stadtsanierung erhalten Sie unter:
www.stadtsanierung-moosach.de oder https://stadt.muenchen.de/infos/sanierungsgebiet-moosach.html
und im Stadtteilladen Moosach
Dachauer Straße 270 b
80992 München
Tel. 089 45 20 56 66
E-Mail: info@stadtsanierung-moosach.de
Öffnungszeiten:
Dienstag: 10 bis 17 Uhr
Mittwoch: 10 bis 14 Uhr
Donnerstag: 10 bis 15 Uhr

Die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) trägt als langjährige Sanierungsträgerin und Treuhänderin der Landeshauptstadt München zur sozialen Stadterneuerung bei und wird dabei von unterschiedlichen Förderprogrammen unterstützt, die zur Aufwertung Münchens beitragen. Die MGS sorgt dafür, dass München auch in Zukunft sowohl ein Ort für Menschen als auch ein Standort für Wirtschaft, Kultur und Arbeiten bleibt, ist dem Gemeinwohl verpflichtet und stimmt ihre Angebote auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ab. Besonderen Wert legt sie auf soziale und energiesparende Projekte.

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

Dieses Projekt wird im Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ mit Mitteln des Bundes und des Freistaats Bayern gefördert.

Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

Bayerisches Staatsministerium für
Wohnen, Bau und Verkehr

Pressemitteilung
09.09.2026

MGS
Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH

Ansprechpartner*in
Tina Zoch

T. 0172 1318916
t.zoch@mgs-muechen.de

Brücke am Karl-Marx-Ring erhält neue Gestaltung

Künstlerische Bemalung und Hörstation machen Geschichten von Neuperlacher*innen erlebbar

Mit einer künstlerischen Bemalung und einer eigens entwickelten Hörstation erhält eine der markanten Fußwegebrücken Neuperlachs ein neues Gesicht. Die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) lädt am Freitag, 25. September 2026, zur feierlichen Eröffnung der neugestalteten Brücke über den Karl-Marx-Ring ein. Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr mit einem musikalischen Stadtspaziergang vom U-Bahnhof Quiddestraße zur Brücke.

Die insgesamt 13 Fußwegebrücken in Neuperlach prägen seit der Entstehung des Stadtteils dessen Erscheinungsbild. Sie ermöglichen einen weitgehend kreuzungsfreien Fußverkehr, eröffnen weite Ausblicke und dienen der Orientierung. Gut 50 Jahre nach ihrer Errichtung sind die Bauwerke jedoch in die Jahre gekommen. Im Rahmen der Stadtsanierung in Neuperlach, die durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung koordiniert wird, sollen die Brücken daher schrittweise gestalterisch und funktional weiterentwickelt und als identitätsstiftende Orte im Stadtbild noch stärker hervorgehoben werden.

Den Auftakt bildet die nördliche Brücke über den Karl-Marx-Ring. Dort hat die MGS eine multimediale Installation aus künstlerischer Bemalung und Hörstation umgesetzt. Die visuelle Gestaltung stammt von City Super Graphics, die Hörstation wurde durch das Kollektiv Soundmarker entwickelt. Grundlage der Gestaltung sind biografische Erzählungen von Neuperlacher Senior*innen sowie Perspektiven von Schüler*innen. Ihre Erinnerungen, Erfahrungen und Zukunftsvorstellungen wurden in Interviews und einem Projekttag an der Grundschule am Karl-Marx-Ring gesammelt. Die Hörstation macht diese unterschiedlichen Stimmen direkt vor Ort hörbar. So erzählt die Brücke von den Anfängen Neuperlachs und richtet zugleich den Blick auf die zukünftige Entwicklung des Stadtteils.

Die Eröffnung der neugestalteten Brücke wird am 25. September 2026 mit einem Nachbarschaftsfest gefeiert. Die Veranstaltung beginnt um 16 Uhr mit einem musikalischen Spaziergang zur Brücke. Treffpunkt ist der südliche Ausgang „C“ des U-Bahnhofs Quiddestraße. Von dort aus führt der Weg über die grünen Fußwege Neuperlachs zum Karl-Marx-Ring, wo die Brücke um 17.30 Uhr offiziell eröffnet wird. Alle Interessierten aus dem Stadtteil und darüber hinaus sind herzlich eingeladen.

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden

Dieses Projekt wird im Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ mit Mitteln des Bundes und des Freistaats Bayern gefördert.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

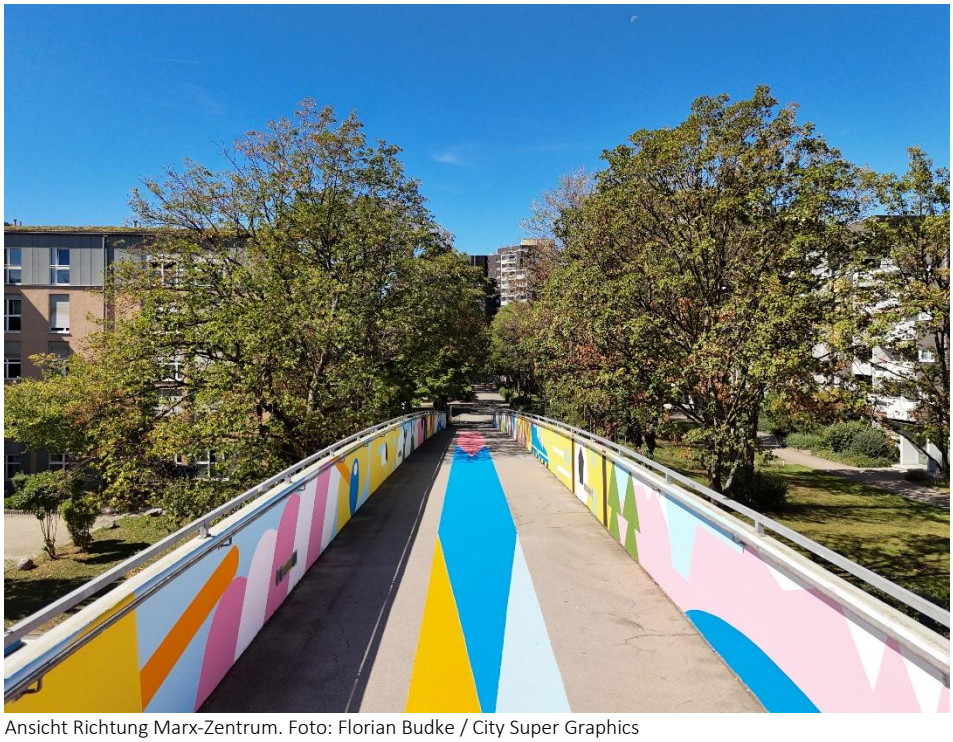
Pressemitteilung
09.09.2026

MGS
Münchner Gesellschaft
für Stadterneuerung mbH

Eröffnung der künstlerisch gestalteten Fußwegebrücke

Freitag, 25. September 2026
Beginn des Spaziergangs: 16 Uhr
Treffpunkt Spaziergang: südlicher Ausgang „C“ des U-Bahnhofs Quiddestraße
Offizielle Brückeneröffnung: 17.30 Uhr
Ort: Brücke über den Karl-Marx-Ring auf Höhe Hans-Lohr-Weg

Bei Regen wird die Veranstaltung auf Freitag, 9. Oktober 2026, verschoben.



Ansicht Richtung Marx-Zentrum. Foto: Florian Budke / City Super Graphics

Hintergrund

Ein Teil Neuperlachs wurde im Januar 2022 durch den Münchner Stadtrat als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Abteilung Stadtsanierung, koordiniert federführend die Stadtsanierung in Neuperlach. Das Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept (ISEK) Neuperlach bildet die Grundlage für die Durchführung der Sanierung. Die Förderung erfolgt aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung". Neben den städtebaulichen Maßnahmen stehen insbesondere die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität, die Aktivierung des Stadtteillebens, die Aufwertung von Freiräumen und Grünflächen, eine bessere Nutzbarkeit des öffentlichen Raums sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung im Vordergrund. Weitere Informationen zur Stadtsanierung erhalten Sie unter: www.stadtsanierung-neuperlach.de oder https://stadt.muenchen.de/infos/sanierungsgebiet-neuperlach.html

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

Dieses Projekt wird im Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ mit Mitteln des Bundes und des Freistaats Bayern gefördert.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr

Pressemitteilung
09.09.2026

MGS
Münchner Gesellschaft
für Stadterneuerung mbH

Die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (MGS) trägt als langjährige Sanierungsträgerin und Treuhänderin der Landeshauptstadt München zur sozialen Stadterneuerung bei und wird dabei von unterschiedlichen Förderprogrammen unterstützt, die zur Aufwertung Münchens beitragen. Die MGS sorgt dafür, dass München auch in Zukunft sowohl ein Ort für Menschen als auch ein Standort für Wirtschaft, Kultur und Arbeiten bleibt, ist dem Gemeinwohl verpflichtet und stimmt ihre Angebote auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ab. Besonderen Wert legt sie auf soziale und energiesparende Projekte.

STÄDTEBAU-FÖRDERUNG
von Bund, Ländern und Gemeinden

Dieses Projekt wird im Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung" mit Mitteln des Bundes und des Freistaats Bayern gefördert.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr